

Geheimdienste: Fremdkörper in einer Demokratie

André Hahn

Der Satz „Es gibt keine absolute Sicherheit!“ ist zweifellos richtig, und doch ist es eine der wichtigsten Aufgaben jedes Staates, die persönliche Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu schützen. Die schrecklichen Terrorangriffe in Paris, Brüssel, Istanbul und zuletzt in Bagdad, der Anschlag auf das russische Flugzeug über Ägypten sowie die Attentate in Israel haben uns gezeigt, wie verletzbar wir sind. Trotzdem gehöre ich nicht zu denen, die jetzt fast schon reflexartig schärfere Gesetze, die weitere Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten sowie Personal- und Mittelaufstockungen vor allem bei den Geheimdiensten fordern. Ich meine: Zuerst muss die Polizei besser ausgestattet werden. Gerade hier haben wir in Deutschland erheblichen Nachholbedarf. Durch den Patriot Act nach dem 11. September 2001 haben die US-Geheimdienste so weitreichende Befugnisse wie in keinem anderen demokratischen Land der Welt. Frankreich hat inzwischen ähnliche Regelungen eingeführt, und trotzdem konnten die feigen Tattaten der vergangenen Monate nicht verhindert werden. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

Ende Juni beschloss die Bundesregierung den Entwurf eines neuen BND-Gesetzes, der allerdings hinter den selbst postulierten Ansprüchen weit zurückbleibt. Anstatt dem BND klare Grenzen aufzuzeigen und Grauzonen zu beseitigen, soll nun fast alles nachträglich gesetzlich legitimiert werden, was sich nach den Snowden-Enthüllungen und im NSA-Untersuchungsausschuss als unzulässig und rechtswidrig, mindestens aber als fragwürdig herausgestellt hat. Bundeskanzlerin Merkel hat sich mit ihrer Zustimmung zum Entwurf selbst widersprochen. Spionieren unter Freunden geht (künftig) doch, und ist nun sogar per Gesetz erlaubt. Ursprünglich sollte genau das untersagt werden. Die Hürden für das Ausspähen in der EU sind lächerlich niedrig. Sämtliche internationale Organisationen, Institutionen und Regierungen außerhalb der EU sind weiterhin vogelfrei und können ohne jede Einschränkung ausspioniert werden. Auch soll offenbar eine Tür geöffnet werden, um Pressefreiheit und Informantenschutz weiter auszuhebeln. Anstatt die parlamentarische Kontrolle des BND zu stärken, sollen die Strategische Aufklärung im Ausland und die umstrittenen Selektoren künftig von einem angeblich

„unabhängigen Gremium geprüft“ werden, dessen Mitglieder vom Kabinett berufen werden. Die Regierung will sich also künftig ihre Kontrolleure selbst aussuchen. Das ist absurd und nicht hinnehmbar.

Die Große Koalition hat neben dem BND-Gesetzentwurf auch einen Entwurf zur Änderung des PKGr-Gesetzes (Parlamentarisches Kontrollgremium) in den Bundestag eingebracht. Darin wurden einige Vorschläge der LINKEN aufgegriffen. Entscheidende Maßnahmen für eine wirksamere Kontrolle der Bundesregierung hinsichtlich ihrer geheimdienstlichen Tätigkeit, vor allem durch Stärkung der Minderheitenrechte, bleiben aber aus.

Meine Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen: Geheimdienste lassen sich – wenn überhaupt – nur sehr eingeschränkt kontrollieren. Sie sind gewissermaßen ein Fremdkörper in einer Demokratie und müssen deswegen überflüssig gemacht bzw. aufgelöst werden. Bis dahin setzt sich DIE LINKE für die Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle ein und hat dazu diverse Initiativen im Bundestag eingebracht. Wir wollen die Auflösung des Verfassungsschutzes und auf dem Weg dahin zunächst den Verzicht auf den Einsatz von V-Leuten, wie es in Thüringen bereits praktiziert wird. Und wir wollen deutlich mehr Befugnisse für das PKGr. Dessen Vorsitzender Clemens Binner (CDU/CSU) äußerte im Bundestag, wer für die Abschaffung der Geheimdienste sei, habe nicht das Recht, Änderungsvorschläge zu machen. Das ist ein höchst fragwürdiges Demokratieverständnis. Wir lassen uns jedenfalls nicht verbieten, konkrete Vorschläge zu machen, was an der jetzigen Situation verbessert werden kann. Und wenn Verfassungsschutzpräsident Maaßen im NSA-Untersuchungsausschuss den Abgeordneten vorwirft, sie gefährden die Sicherheit, weil sie durch ihre Kontrolltätigkeit die Nachrichtendienste an deren eigentlicher Arbeit hindern, halte ich dagegen: Die deutschen Geheimdienste haben in den vergangenen Jahren durch Pannen und Skandale selbst alles dafür getan, ihre eigene Existenzberechtigung infrage zu stellen. 🌐

Dr. André Hahn

geb. 1963, MdB, DIE LINKE, stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Deutschen Bundestag

www.andre-hahn.eu

